

sich schwertaten im Umgang mit den vielen Ausreisewilligen. Viele haben es damals abgelehnt, solche Personen sehr aktiv in Aktionen einzubeziehen oder ihnen Verantwortung zu übertragen. Es bestand der permanente Verdacht, daß diese Personen durch ihre Mitarbeit nur ihr Ausreiseverfahren beschleunigen wollten. Vertreter der Gruppen wie auch Vertreter der Kirchen standen auf dem Standpunkt der Veröffentlichung der Kirche „Leben und Bleiben in der DDR“.

Eine relativ kleine Gruppe aus dem Bereich der Menschenrechtsgruppierungen hat sich den Anliegen der Ausreiseentschlossenen geöffnet, weil immer deutlicher wurde, daß Ausreiseentschlossene in einer rechtlosen Position waren. Es fällt mir heute im nachhinein auf, daß die Kirchen sich für die Entspannung in Sachen Ausreiseentschlossene relativ problemlos zur Verfügung stellten. Die weitere Entwicklung ging dann mehr oder weniger über viele hinweg, die um ein einvernehmliches Verhältnis zu den staatlichen Stellen bemüht waren und innerkirchlich einen Abgrenzungskurs zu den Gruppen durchsetzen wollten.

Ich breche hier einmal ab, würde gerne noch etwas zu den Vorgängen um die Kommunalwahlen sagen, aber das finden Sie dann in den Texten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Davon ausgehend, daß eine ganze Reihe unter uns eine solche chronologische Zusammenstellung nicht hat zur Kenntnis nehmen können, habe ich das so auch in dieser Länge durchgehen lassen, obwohl wir jetzt wieder, das muß ich ganz deutlich sagen, in Schwierigkeiten kommen werden.

Jetzt gleich Bruder Stauss aus Lauchhammer hinterher. Und dann nur Verstehensfragen, denn die beiden Brüder, die im Augenblick reden, sollen uns nur dabei behilflich sein, daß wir alle voll motiviert und voller Verständnis ins Podiumsgespräch mit einsteigen können. Also, es gibt jetzt hier danach keine große Diskussion mit den beiden Referenten, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen. Bitte schön, Bruder Stauss.

Pfarrer Curt Stauss: Ich bin Pfarrer in Lauchhammer, einer Industriestadt etwa 50 Kilometer nördlich von Dresden entfernt. Ein Text liegt Ihnen nicht vor, das heißt, ich muß zu Ende bringen oder, ohne daß Ihnen etwas vorliegt, abrechnen. Ich werde mich darum bemühen.

„Die Kirche und die Gruppen“ – Gruppen gab es immer in der Kirche. Das Thema aber wurde virulent, als seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend Gruppen mit ihren Treffen, Papieren und Aktivitäten die Sicherheitsorgane der DDR beschäftigten, und als staatliche Stellen in demselben Maß Druck auf Kirchenleitungen auszuüben begannen. Das Thema „Die Kirche und die Gruppen“ wurde zunehmend virulent, denn Netzwerke von Basisgruppen

sind entstanden. Zuerst schon 1971 das Netzwerk der Zweidrittelweltgruppen in Gotha, dann 1975 ein Netzwerk von Umweltgruppen, die mit dem kirchlichen Forschungsheim Wittenberg eine Studien- und Koordinationsstelle hatten, schließlich ab 1983 das jährliche DDR-weite Basisgruppentreffen „Konkret für den Frieden“, das bis zu 200 Vertreter und Vertreterinnen von Friedensgruppen, Zweidrittelweltgruppen, Umweltgruppen und Frauengruppen zusammenbrachte. Zu DDR-Zeiten war das eine ganz außerordentliche Organisationsleistung, um so mehr, als wir jetzt ahnen, wie sehr wir da behindert worden sind. Und nicht nur untereinander trafen sich diese etwa 200 Menschen, sondern jedesmal waren Vertreter der gastgebenden Landeskirche und Mitglieder des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR dabei, so daß ein Gespräch zwischen Kirchenleitungen und Gruppen stattfand. Die Veranstaltungen der Friedensdekade gewannen seit 1981 eine wachsende Öffentlichkeit und stellten 1982 mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, mit dem sich viele Gleichgesinnte in der Öffentlichkeit wiedererkannten, eine enorme Ermutigung der einen und eine enorme Beunruhigung staatlicher Organe dar. Zunehmend virulent wurde das Thema „Kirche und Gruppen“ auf die ersten Nachrichten hin, daß auch Frauen für den Mobilmachungs- bzw. Verteidigungsfall gemustert werden sollen. Zahlreiche Frauengruppen „Frauen für den Frieden“ entstanden, die gegenüber den zuständigen Wehrkreiskommandos und gegenüber der kirchlichen Öffentlichkeit erklärten, daß sie für einen solchen Einsatz nicht zur Verfügung ständen. „Die Kirche und die Gruppen“ – das Thema klingt polarisierend: hier die Kirche, da die Gruppen. Das Thema ist der ungenaue Ausdruck für unterschiedliche Entwicklungen. In den Gruppen fanden sich zunächst Menschen zusammen, die Solidarität suchten. Friedens- und Umweltgruppen haben durch öffentliche Aktionen – weit über den staatlich erlaubten Rahmen hinaus – sichtbar gemacht, was auch die Synoden der Kirchen in der DDR in aller Deutlichkeit, aber eben ohne starke Resonanz, erklärt hatten, z. B. zur Raketenstationierung. Menschenrechtsgruppen, zum Teil bewußt außerhalb der Kirchen tätig, fragten nach Menschenrechtsverletzungen in der DDR. Subkulturen mit emanzipatorischem Anspruch entstanden, vor allem in der offenen Arbeit in einigen Großstädten. Ausreiser versuchten, die Kirche für ihr einziges Ziel, eben auszureisen, zu instrumentalisieren.

„Die Kirche und die Gruppen“ ist aber zugleich der ungenaue Ausdruck für die genannten, höchst unterschiedlichen Entwicklungen, denn zum einen gab es Gruppen in der Kirche, zum anderen waren Kirchenleitungsmitglieder selbst Mitglieder von Basisgruppen. Unter der Hand wurde der ungenaue Ausdruck oft genau und meinte dann: Wie gehen Kirchenleitungen mit Initiativen, mit Initiativgruppen, mit dem, was man in einer westlichen Diskussion etwa zur gleichen Zeit schon „neue soziale Bewegungen“ nannte, um? Wie gehen

Kirchenleitungen mit solchen Gruppen um, die sich in der Kirche oder unter dem Dach der Kirche versammelten?

Ich werde in der hier gebotenen Knappheit erstens etwas zu unterschiedlichen Gruppen sagen, zweitens etwas zu Rahmenbedingungen für dieses im Thema angesprochene Verhältnis, drittens zu Dimensionen des Konflikts und viertens zu politischen Wirkungen.

Zunächst etwas zu unterschiedlichen Gruppen: Für eine Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR im Dezember 1988 ist eine Zusammenstellung, eine Übersicht über solche Gruppen versucht worden. Da zeigte sich in etwa, daß es rund 160 Friedensgruppen in der DDR gab. Darunter waren Gruppen für Friedenserziehung, Gruppen von Wehrdienstverweigerern, „Ärzte für den Frieden“, „Frauen für den Frieden“. Es gab rund 80 Umweltgruppen, rund 45 Zweidrittelweltgruppen, darunter einige Wirtschafts- oder Gerechtigkeitsgruppen, und rund 30 Frauengruppen. Das waren Gruppen, die sehr unterschiedlich zusammengesetzt waren, für die schon sehr früh basisdemokratische Verabredungen galten, etwa für die Vertretung nach außen, das hieß häufig zunächst für die Vertretung gegenüber Kirchenleitungen. Gruppen, die ganz grob geschätzt etwa 5.000 Menschen umfaßten, die in einem hohen Maße aktiv geworden waren und selbst bewußtseinsbildend tätig waren. Ich nenne diese Zahl, um deutlich zu machen, daß ein Potential von Menschen da war, das weit über die Schätzung, die wir selbst gewagt haben, hinausging. Nicht erfaßt in einer solchen Übersicht sind die zahlreichen Gemeindefriedenskreise, die verschiedenen Formen der offenen Arbeit oder offenen Jugendarbeit, die zum Teil zu solchen Themen extra Arbeitskreise gebildet hatten. Emanzipatorische Gruppen, z. B. Gruppen von Schwulen und Lesben, sind hier nicht erfaßt, auch nicht Bewegungen, die in diesem Thema „Kirche und Gruppen“ immer mitverhandelt wurden, obwohl sie ganz andere Phänomene waren, wie „Die Kirche von unten“ oder der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“. Es hat eine ganze Reihe von Selbsthilfegruppen gegeben – Anonyme Alkoholiker oder Krebskranke – und fast alle dieser Gruppen haben irgendwann in eine politische Dimension hineingearbeitet, haben sich nicht beschränken können auf ihr ursprüngliches Thema. Nicht erfaßt sind auch die zahlreichen sehr lebendigen charismatischen Gruppen in der DDR, die die Kirchenleitungen erheblich, die Sicherheitsorgane aber fast gar nicht beschäftigt haben. Alle diese Gruppen in einer Übersicht zusammenzustellen, würde aber auch Unterschiede, etwa zwischen sozialisierenden Gruppen, Initiativgruppen, emanzipatorischen Bewegungen und Minderheitenkulturen, verwischen. Ich deute dies alles nur an, um etwas deutlich zu machen von der Breite, auch von der kulturellen Breite dieses Phänomens.

Zum zweiten, Rahmenbedingungen: Ich nenne vier Rahmenbedingungen. Zunächst eine, die so selbstverständlich ist, daß man sie kaum zu nennen braucht: In der DDR zählte jede Stimme. Darum sind wir so gedrängt worden,

zur Wahl zu gehen. Obwohl 99,8 Prozent gewählt haben, ist jeder einzelne oder fast jeder einzelne immer noch gedrängt worden. Das klingt ein bißchen ulkig, dahinter steht aber etwas sehr Ernsthaftes, nämlich daß eine abweichende Stimme sofort durchgemeldet wurde und eine ungeheure Wirkung hatte. Um öffentliche Wirkung zu machen, jedenfalls in dem eingeschränkten Rahmen von Öffentlichkeit, brauchte man bei uns keine Mehrheiten. Und das hängt mit dem besonderen Charakter von Öffentlichkeit zusammen. Öffentlichkeit im Sinne bürgerlicher Öffentlichkeit, wie sie vor allem Havemann beschrieben hat, ist in der DDR entschieden und gezielt unterdrückt worden. Das ist eine Rahmenbedingung, mit der wir gearbeitet haben, das heißt aber auch, die wir manchmal einsetzen konnten, weil die eine abweichende Stimme enorme Effekte hatte.

Die zweite Rahmenbedingung: Kirche war fast der einzige Ort für eine relativ freie Kommunikation. Warum kommst du zur Jungen Gemeinde, warum gehst du in diesen Friedenskreis? Manche sagten als erste Antwort: „Weil ich mich hier frei äußern kann.“ Sie hatte also eine Funktion, die manchmal mit dem Wort „Dach“ beschrieben wird und die präziser heißt: Sie war stellvertretende Öffentlichkeit. Hier konnten Menschen ihre eigenen Bedürfnisse und Interessen entdecken, in Gruppen formulieren. Sie konnten sie zum Ausdruck bringen und Aktionen und Initiativen planen. Stellvertretende Öffentlichkeit war die Kirche, das ist ihr selbst oft nicht bewußt gewesen.

Die dritte Rahmenbedingung ist eine Rahmenbedingung, die die Entstehung und die Arbeit von Initiativgruppen und Basisgruppen besser erklärt. Es gab eine ganz besondere Nähe von Kirche und Gruppen. Zunächst sozusagen eine strukturelle Nähe, weil es eine lange kirchliche Erfahrung gab mit Gruppen, die innerhalb der Kirche aktiv geworden sind und die weder aufgesogen noch ausgestoßen worden sind. Das reicht vom Mönchtum bis zur landeskirchlichen Gemeinschaft, und es ist soziologisch eine erhebliche Leistung, daß eine Großkirche eine Bewegung weder aufsaugt noch ausstößt. Es gibt aber eine zweite besondere Nähe: kirchliche Aktivitäten z. B. für Bausoldaten, im Einsatz für Benachteiligte, etwa Angehörige von Inhaftierten, in der Erziehung zum Frieden. Aber auch die ganz normale Jugendarbeit und Erwachsenenbildung haben oft aus sich heraus gesetzt, haben oft zu kritischer Solidarität ermuntert, haben zum aufrechten Gang erziehen wollen. Und viele der Gruppen haben dann einfach das getan, was Jahre vorher durch kirchliche Arbeit vorbereitet worden war, auch wenn das als politisches Ziel in der Regel nicht in der Absicht kirchlicher Arbeit gelegen haben wird.

Vierte Rahmenbedingung: Eine ganz eigentümliche Rahmenbedingung ist die wachsende Spannung in den achtziger Jahren zwischen der Basisdemokratie der Gruppen und einer Art Hierarchisierung in den Kirchen gewesen. Je heißer das Thema war, desto höher war die Ebene, auf der Staatsorgane Kirchenvertreter angesprochen haben. Es wurde nicht mit den Betroffenen

gesprochen, sondern mit den je nach Ebene und Brisanz des Themas zuständigen Kirchenleitern. Für die Kirchenleitungen bedeutete es doppelte Arbeit, zu klären, wer nun eigentlich mit wem spricht.

Ich komme zum dritten – Dimensionen des Konflikts. Ich nenne auch hier vier Punkte, auch das hat exemplarischen Charakter, vier Dimensionen des Konflikts zwischen Kirchenleitungen und Gruppen. Eine Grunddimension diese Konflikts ist – so ist das manchmal ab Mitte der achtziger Jahre ausgedrückt worden –, daß der Sozialismus durch die Perestroika und die Kirche durch die Gruppen verunsichert war. Wenn zwei Verunsicherte nun noch einmal miteinander zu tun haben, dann ist nicht sicher, ob sie sich anlehnen, um sich zu stärken, oder ob eben etwas anderes passiert, z. B. dies: Kirchenleitungen hatten über die Jahre hin immer wieder Papiere, Studien in Auftrag gegeben, etwa zur Seelsorge an Wehrpflichtigen – und das war schon kein selbstverständliches Studienprojekt in unseren Kirchen – oder zur Erziehung zum Frieden. Der Ausschuß Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirchen in der DDR hatte 1984 eine Ausarbeitung „Die Kirche und die Friedensgruppen“ vorgelegt, stark durch Heino Falcke beeinflusst. 1985 war sie Gegenstand der Beratung in der Konferenz der Kirchenleitungen, eine erste ausführliche Behandlung unseres Themas innerhalb der Kirchen, jedenfalls der evangelischen Kirchen in der DDR. Aber plötzlich kamen entsprechende Vorgänge, Studienprojekte, lange schriftliche Vorlagen aus den Gruppen. Die Erwartung an kirchliche Einrichtungen war nun, Publikationshilfe zu leisten. Zwei Beispiele dafür: Ein junger Mann, der selbst immer als Gruppenmann geführt wird, aber nie zu einer Gruppe gehört hat – Michael Beleites – hat gesagt: Wenn unsere Synoden erklären, daß die Herstellung und nicht erst der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegen Gottes Willen ist, dann ist auch die Uranförderung im Süden der DDR daraufhin kritisch zu betrachten. In Ausführung eines Synodenbeschlusses hat er sich also in einer großen Privatrecherche um die Uranförderung und die ökologischen und Gesundheitsfolgen bemüht und das in einem innerkirchlichen Privatdruck unter dem Titel „Pechblende“ – übrigens auch schriftstellerisch ein ganz eindrucksvolles Stück – herausgegeben.

Ein zweites Beispiel: Eine Energiestudie, im Zusammenhang des Ausschusses Kirche und Gesellschaft lange behandelt, im wesentlichen von Sebastian Pflugbeil erstellt, ist dann schließlich noch mit kirchlicher Herausgeberschaft gedruckt worden, mit dem Ziel, eine längst überfällige Energiediskussion in der DDR in Gang zu bringen. Aber das Ganze waren hochkomplizierte Diskussionen, weil nicht nur die Vielfältigungsgenehmigungen, sondern auch der mögliche staatliche Zugriff auf die Vielfältigungstechnik zur Diskussion stand. Ich deute das nur als eine Dimension des Konflikts an und komme zu einer zweiten. Das Stichwort „Sklavensprache“ hat unter uns in den achtziger Jahren zunehmend die Runde gemacht und meinte

eine Sprache, die in einer solchen Weise kritisch über DDR-Vorgänge zu sprechen versuchte, daß es nach außen hin fast nicht mehr zu hören war, nur sozusagen für die innerkirchliche Verständigung. Das Wort war vielleicht ein bißchen bissig, hatte vielleicht auch Elemente von Selbstkränkung, jedenfalls war es Ausdruck einer Oben-Unten-Spannung in den Kirchen. Mitglieder von Basisgruppen haben zunehmend schlechter akzeptieren können, daß in einer Art paternalistischem Akt durch Kirchenleitungen für sie Feuerwehrhilfe geleistet wurde. Dieser Ärger hat sich vor allem an Manfred Stolpe festgemacht, der völlig unbestritten, auch damals unbestritten, einer ganzen Reihe von Menschen geholfen hat. Aber es ging um die Art, auch um das, was ich vorhin Hierarchisierung genannt habe. Mit den Betroffenen wurde kaum noch gesprochen, jedenfalls nicht in der direkten Kommunikation von staatlichen Stellen und Basisgruppen. Soll man die Unterdrückung von Öffentlichkeit akzeptieren, oder sollen wir – das haben sich Basisgruppen zunehmend gefragt – diese Spielregeln nicht mehr akzeptieren und Öffentlichkeit durch Aktion herstellen?

Eine dritte Dimension des Konflikts: Das Stichwort „politische Diakonie“. Eine Kirche, die für andere da sein will, gerät in Spannung zu ihrem Auftrag, denn einerseits muß sie sich für Gerechtigkeit einsetzen, andererseits muß sie für alle erreichbar sein. Sie muß sich aber auch mit denen auseinandersetzen, die Unrecht tun. Ziviler Ungehorsam kann dann ein Mittel werden. Für die Gespräche zwischen Kirchenleitungen und Gruppen ist das immer eine äußerste Grenze gewesen. Die Angst, daß Gewalt angewandt wird, begann schon bei dem, was wir „zivilen Ungehorsam“ nennen. Und Gewalt sollte auf keinen Fall – das war bei beiden Seiten übereinstimmende Meinung – angewandt werden. Nur, wo Gewalt beginnt, darüber gab es keine Übereinstimmung. In der vorhin schon erwähnten Sitzung der Konferenz der Kirchenleitungen im Dezember 1988 ist gesagt worden: Die Gruppen wollen keine politische Opposition bilden, aber sie wollen Machtkontrolle aufbauen und ausüben. Und Landesbischof Hempel aus Dresden hat in derselben Sitzung im Dezember 1988 gesagt: Was können wir tun, um zwischen Kirchenleitungen und Gruppen das Grundvertrauen zu erhalten? Er befürchtete, „daß in sechs bis acht Monaten ein Knall passieren könnte“, so wörtlich. Und er nahm an, daß das nicht in Berlin, sondern im Süden der DDR passiere.

Eine vierte Dimension des Konflikts nenne ich unter dem Stichwort „Gemeindeaufbau“. In der DDR, wo die Konfrontationsschwelle sehr niedrig war, und in einer Kirche, die auch erst begonnen hatte, Konfliktfähigkeit einzuüben, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit, waren die Gruppen ausgesprochen beunruhigend, weil ihre Bereitschaft zu Konflikten größer war als landläufig in Gesellschaft und Kirche. Außerdem verärgerten die Gruppen auch auf Gemeindeebene, nicht nur auf Leitungsebene, Gemeinden,

die erlebten, daß die Aufmerksamkeit ihrer Mitarbeiter dauernd durch die Gruppen gebunden war; Mitarbeiter, die erlebten, daß ihre Kooperationsfähigkeit überstrapaziert wurde. Es hat dann manchmal den Wunsch gegeben, daß man doch bei den Gruppen deutlicher sagen könnte, was noch eine kirchliche Gruppe ist – das wünschten sich vor allem Gemeindeglieder, aber auch Kirchenleitungen –, und wo Leute ausgegrenzt werden müssen, um der Klarheit und der Sicherheit, wohl auch der kirchlichen Arbeit willen. Aber es ist immer dazugesagt worden: „Diese Ausgrenzung ist angesichts des dann zu befürchtenden staatlichen Zugriffs ja gar nicht möglich“, einmal sagte auch einer, „leider nicht möglich“.

Ich komme zum vierten Punkt: politische Wirkungen. Ich will zum einen etwas zu politischen Wirkungen in der DDR sagen, zum anderen zu deutschlandpolitischen Wirkungen. Zunächst also politische Wirkungen in der DDR: Es hat seit 1982 im Herbst zunächst in Halle, dann 1983 im Februar in Dresden, Aktionen im Zusammenhang mit Gottesdiensten gegeben, die eine viel größere Öffentlichkeit gewollt und erreicht haben als alles, was es vorher gab. Der Weg von mehreren Hundert Menschen von einer Kirche zur anderen wurde zum Teil durch Stasiautos, die in diese Gruppen hineinrasten, erheblich behindert. Umstritten war, ob man Trageelemente, wie das bei uns hieß, mitführen dürfe. Das waren bei uns nicht Transparente, sondern vielleicht Plakate oder ein Kreuz, wie sonst bei Prozessionen, oder Kerzen oder Blumen. In Halle wurden Blumen an die Polizei verteilt. Schweige- und Mahnwachen gab es zuerst in Jena und in Berlin. Aber auch ganz andere Aktionen wie Baumpflanzaktionen stellten eine Öffentlichkeit her, die für die jeweiligen staatlichen Stellen höchst beunruhigend war, und bauten zugleich Öffentlichkeit auf, also das, was an sich ja gezielt verhindert werden sollte. Mir scheint, daß das die erste wichtige Leistung dieses Phänomens der Gruppen, die in der Kirche oder am Rande der Kirche gearbeitet haben, ist, daß sie Öffentlichkeit in einem erheblichen Umfang einfach hergestellt haben, ohne noch zu fragen, was erlaubt ist.

Eine zweite politische Wirkung: Es hat einiges an sozialem Wandel gegeben. Unter der Überzeugung, daß Frieden mehr als Ruhe und Ordnung ist, gab es seit Mitte der siebziger Jahre eine immer intensivere Friedenserziehung in den Kirchen. Das hat unzählige Menschen erreicht. Es gab das Einüben offener Kommunikation in Großveranstaltungen der Jugendarbeit überall in der DDR ebenso wie kleine Trainingsgruppen zum Training für Gewaltfreiheit, übrigens auch zum Umgang mit dem Staatssicherheitsdienst. Es hat sozialen Wandel gegeben, jedenfalls Ansätze dazu, durch eine intensive jahrelange Arbeit, die wir oft etwas pauschal „Friedensarbeit“ genannt haben, die aber eine viel größere Breite hatte und an der Gemeindeglieder, Katechetinnen, Pfarrerinnen und so fort beteiligt gewesen sind. Das ist eine Geschichte, wo die Grenze zwischen Kirche und Gruppen verschwimmt.

Dritte politische Wirkung: Die Ökumenische Versammlung in Magdeburg

und Dresden war ein ganz besonderer Kommunikationsvorgang, weil sie Mitglieder von Basisgruppen, Mitglieder aus Kirchenleitungen und Experten, wie wir das nannten, also Fachleute für bestimmte Schwerpunktthemen in ein ganz dichtes Gespräch brachte. Dieses Gespräch wurde dadurch verstärkt und intensiviert, daß zwischen dieser Ebene der aktiv Gewordenen und den Gemeinden und Basisgruppen ein immer dichter Kommunikationsvorgang mit der Bitte um „Problemmeldungen“ über das Leben in der DDR in Gang kam. Das Ergebnis war, daß in einer Reihe von 12 verhältnismäßig kurzen Texten wichtige Probleme der DDR, aber auch wichtige Weltprobleme aus der Optik der DDR, vorlagen und überall in der DDR diskutiert wurden. Ein ganz brisanter Vorgang, wenn überall dasselbe diskutiert wird. Ich vermute, daß das der entscheidende Impuls gewesen ist, nach dem langen Vorlauf, den ich geschildert habe, für die Veränderungen im Herbst 1989, daß die Ökumenische Versammlung sozusagen eine entscheidende Bündelung war für das, was unter dem Thema „Kirche und Gruppen“ positiv festzuhalten ist. Es ist sicher kein Zufall, daß viele derer, die in der Ökumenischen Versammlung gesessen haben, dann in die Politik gegangen sind. Was ich beschrieben habe, ist eine kirchliche Linie. Dabei bestanden die Gruppen in der Regel aus Christen und Nichtglaubenden, gemischte Gruppen, und in einigen Fällen benutzten Nichtchristen das Dach der Kirche, während Christen mit Bedacht sich außerhalb der Kirche zu organisieren begannen. Ich habe auch nicht von den Gruppen gesprochen, die sich seit den siebziger Jahren als linke Opposition verstanden, zum Beispiel auf Kreise um Rudolf Bahro zurückgingen. Ich habe nicht gesprochen von Beziehungen einiger Gruppen zur westdeutschen, zur holländischen, zur englischen Friedensbewegung, zur Charta 77, zu Solidarnosc, zu Dialoggruppen oder Helsinki-Gruppen. Ich habe nicht von ihren Bemühungen um eine europäische Plattform gesprochen, eine für die Sicherheitsorgane und die sie befehlende Parteispitze besonders bedrohliche Absicht. Das alles, so ist mir gesagt worden, ist Gegenstand einer extra Anhörung. Ich erwähne es aber hier, weil es vom Thema „Kirche und Gruppen“ personell und sachlich nicht zu trennen ist.

Zum Schluß die deutschlandpolitische Wirkung: Mir sind zwei Beispiele für ausdrücklich grenzüberschreitende Aktionen von Gruppen in den Sinn gekommen. Die eine geschah im Herbst 1983, als von einem evangelischen Propst, einem evangelischen Jugenddiakon und einem Laien organisiert, in Meiningen parallel zu Fulda eine Aktion als Protest gegen die Raketenstationierung versucht wurde. Die Spielregel hieß: Jeder protestiert gegen die eigenen Raketen um der anderen willen, weil uns doch immer aufgetragen worden ist, gegen die bösen Raketen des Westens zu protestieren. Dieser Versuch ist fast mißlungen, weil natürlich die Bemühungen, daß jemand aus Fulda aus der entsprechenden Großveranstaltung über die Grenze kommt und ein Grußwort mitbringt, an der Grenze abgefangen wurden, aber immerhin, es gab

ein paar kleine Nachrichten hin und her, und beide Aktionen verstanden sich als aufeinander bezogene Aktionen. Zu den Behinderungen – um das einmal am Rande zu sagen – gehört, daß der Jugenddiakon, den ich hier im Raum auch sehe, auf einer Fahrt nach Berlin auf der Autobahn plötzlich angehalten wurde, sein Auto untersucht und Materialien beschlagnahmt wurden, irgendwo im Grünen. So etwas passierte auch nicht alle Tage, auch bei uns nicht. Eine andere bewußt grenzüberschreitende Aktion gab es von Gruppen im Herbst 1988 in Berlin im Zusammenhang mit der Jahrestagung von IWF und Weltbank. Zu der großen Anhörung über Menschenrechte im Westen sollte etwas Entsprechendes im Osten passieren, was nur in sehr kleinem Rahmen möglich war. Aber immerhin, hier sind zwei Beispiele für Versuche, etwas Grenzüberschreitendes auf der Ebene der Gruppen zu organisieren.

Zweiter Punkt unter der Frage nach den deutschlandpolitischen Wirkungen. Was haben die westdeutschen Regierungen in diesen Jahren, was haben die Parteien wahrgenommen von dem Phänomen der Gruppen, und wie haben sie es bewertet? Als neue soziale Bewegung oder schon als potentielle Opposition oder auch als Faktor, der die mitteleuropäische und die deutsch-deutsche Stabilität gefährden könnte? Ich kann diese Frage nur stellen, aber sie interessiert mich außerordentlich. Wer hat sich für welche Inhaftierten eingesetzt? Ich erinnere mich sehr genau, wer sich für Katrin Eigenfeld einsetzte und wer für Bärbel Bohley und Ulrike Poppe. Welche ostdeutschen Gruppen hatten welche westdeutschen Parteien als Partner? Es lohnte sich, dies anzusehen, weil die Frage nach deutschlandpolitischen Wirkungen auch auf dieser ja zum Teil sehr dichten Kommunikationsebene zu beantworten sein wird. Das dritte zum Schluß, und ich erinnere nur an das, was ich eben im dritten Teil gesagt habe: Ich vermute, daß die Ökumenische Versammlung der entscheidende Impuls für deutschlandpolitische Veränderungen gewesen ist. Es lohnt sich, sie im Blick darauf noch einmal anzusehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte einleitend noch einmal an die Funktion der beiden Referate erinnern, die wir soeben gehört haben. Sie sollen uns einstimmen – sie haben von daher eine dienende Funktion – auf das, was jetzt unter Leitung unseres Kollegen Hilsberg seinen Fortgang nehmen soll. Ich habe angekündigt, daß keine Ergänzung, sondern tatsächlich nur Verstehensfragen an die beiden Referenten gestellt werden dürfen. Bitte, Herr Fricke.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Stauss. Sie nannten interessante Zahlen über die Basisgruppen. Meine Frage: Gab es unter den Gruppen irgendeine Kommunikation, oder war Kommunikation unter den Bedingungen des Stasiregimes nicht möglich? Dann habe ich eine Frage an Herrn Pahnke. In Ihren Ausführungen spiegelte sich wider, daß es offenbar doch einen latenten